

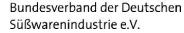




BDSI



Handelsverband Lebensmittel

























WIRTSCHAFTLICHE VEREINIGUNG ZUCKER E.V.







Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V.

Stakeholderprozess zur wissenschaftlichen Ableitung von Reduktionszielen für Zucker, Fette und Salz am Max Rubner-Institut (MRI)

Sehr geehrter Herr Bundesminister Özdemir,

wie wir mehrfach öffentlich und gegenüber Ihrem Haus betont haben, war es uns ein besonderes Anliegen, unsere Expertise in den Stakeholderprozess zur wissenschaftlichen Ableitung von Reduktionszielen für Zucker, Fette und Salz am Max Rubner-Institut (MRI) einzubringen. Der Verlauf des Stakeholderprozesses sowie der vorläufige Ergebnisbericht werfen für uns jedoch erhebliche Zweifel an einer ergebnisoffenen Einbindung der Praxis auf.

Wir haben den Eindruck, dass es sich bei dem Prozess um nicht mehr als eine Partizipation der Wirtschaftsmitglieder zum Schein handelte. Obwohl wir von Beginn an unsere Bereitschaft zu einem sachlichen Dialog signalisiert haben und unser Fachwissen - soweit es uns ermöglicht wurde eingebracht haben, wurden wir von entscheidenden Prozessstufen bewusst ausgeschlossen. Die Ergebnisse, die uns nun zur Kommentierung vorgelegt wurden, können daher keinen Konsens begründen, sondern manifestieren Ziele, die einseitig zu Lasten der Lebensmittelwirtschaft und eines funktionierenden Wettbewerbs gehen – und damit im Endeffekt zu Lasten der Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher. Technologische, finanzielle, rechtliche und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen gerade der kleinen und mittelständischen Unternehmen werden ausgeblendet. Jedes Unternehmen hat nicht nur unterschiedliche Voraussetzungen im Hinblick auf vorhandene Technologien und finanzielle Ressourcen zur Anschaffung neuer, sondern muss auch die Erwartung der jeweils unternehmenseigenen Zielgruppen weiterhin erfolgreich erfüllen, um am Markt bestehen zu können. Trotz dieser Herausforderungen wurden seit Unterzeichnung der Prozess- und Zielvereinbarungen im Rahmen der Nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie (NRI) von mehreren Branchen erhebliche Reduktionserfolge erzielt. Leider können wir nicht erkennen, dass diese Erfolge in dem vorgelegten Ergebnisbericht zu den erarbeiteten produktgruppenspezifischen Reduktionszielen angemessen anerkannt und bei der Ableitung der Reduktionsziele berücksichtigt wurden. Wir möchten daher nachdrücklich betonen, dass die Entscheidung darüber, welche Reduktionsmaßnahmen praktikabel und welche weiteren Ziele erreichbar sind, nur durch die Unternehmen selbst getroffen werden können. Letztendlich sind es nach unserem Verständnis in einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung die Unternehmen, die für die Entwicklung von Rezepturen zuständig sind, und nicht der Staat.

Stattdessen läuft es aktuell darauf hinaus, dass nicht ein ergebnisoffener Prozess geplant und umgesetzt wird, sondern das MRI offenbar instrumentalisiert wird, Grundlagen für einen altbekannten gesundheitspolitischen Maßnahmenkatalog zu schaffen. Forderungen nach Lenkungssteuern werden aber nicht evidenter und wirkmächtiger, nur weil man sie ständig wiederholt. Maßnahmen zur Vermeidung und Reduzierung von Übergewicht, Adipositas und nichtübertragbaren Erkrankungen müssen vor dem Hintergrund der komplexen Ursachen ganzheitlich angelegt sein, bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern und ihrer Bildung ansetzen und die Eigenverantwortung und Kompetenz des Einzelnen stärken. Für das Körpergewicht entscheidend ist die Energiebilanz und damit neben der Nährstoffzusammensetzung auch die

Verzehrmenge sowie weitere Lebensstilfaktoren. Eine einseitige Fokussierung auf einzelne Faktoren bzw. Nährstoffe ist nicht zielführend. Deshalb bitten wir nachdrücklich in der Kommunikation des Ministeriums nicht den Eindruck zu erwecken, als handle es sich hier um eine abgestimmte Position mit der Wirtschaft. Es ist absehbar, dass die im vorläufigen Ergebnisbericht formulierten Zielsetzungen wenig realistisch und am Markt voraussichtlich nicht durchsetzungsfähig sind. Damit wird das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in Politik und Produkte nachhaltig gefährdet.

Sehr geehrter Herr Özdemir, Sie werden verstehen, dass wir diesen Weg nicht mitgehen können. Mit mehr als 4,4 Millionen Beschäftigten in über 600.000 Betrieben leistet die Lebensmittelwirtschaft in Deutschland täglich einen unverzichtbaren Beitrag zur Versorgung von 85 Millionen Menschen. Diese Unternehmen benötigen gerade in wirtschaftlichen schwierigen Zeiten keine weiteren verpflichtenden Belastungen oder Eingriffe, sondern Planungssicherheit und Transparenz über politischen Schritte.

Mit freundlichen Grüßen

Lebensmittelverband Deutschland e. V.

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V.

BDSI – Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e.V.

Bundesverband der Geflügelschlachtereien e. V.

Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels e. V. (BVLH)

Bundesverband der Systemgastronomie e.V.

Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)

Deutscher Fleischer-Verband e. V.

Milchindustrie-Verband e. V.

Süßstoff Verband e.V.

Verband der deutschen Fruchtsaft-Industrie e. V. (VdF)

Verband der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft VGMS e. V.

Verband Deutscher Großbäckereien e. V.

Verband Deutscher Mineralbrunnen e.V.

Verein der Zuckerindustrie e. V.

Wirtschaftliche Vereinigung Zucker e. V.

Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke e. V. (wafg)

Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e. V.